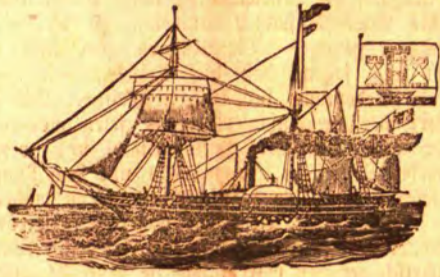


Memeler Dampfboot.

„Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 137.

Memel, Sonnabend, den 15. Juni.

1878.

Tages-Chronik.

Den 15., Vorm. 10 Uhr, auf dem Stadthofe Verkauf einer Tonne Theer.

Zu den Wahlen. II. (Schluß.)

Es ist dringend erforderlich, immer und immer wieder daran zu erinnern, daß die Auflösung des Reichstages in letzter Reihe zwar indirect veranlaßt ist durch die Ablehnung des vielberufenen Sozialisten-Ausnahmegesetzes, daß aber der neue Reichstag nicht allein berufen ist zur Genehmigung von gesetzgeberischen Maßregeln wider die Sozialdemokratie. Die Wahlen, welche uns nahe bevorstehen, sind kein Schweizerisches Referendum, nicht eine Abstimmung über einen einzigen konkreten Gegenstand, sondern sie sind von entscheidender Bedeutung für unsere gesamte innere Entwicklung auf drei Jahre und, vermöge der obwaltenden besonderen Verhältnisse, weit darüber hinaus.

Wir sind weit davon entfernt, der Regierung die Absicht unterzustellen, daß sie die gegenwärtig vorhandene antisozialdemokratische Erregung benutzen wolle, um einen Reichstag zu bekommen, dessen Zusammensetzung ihr genehm ist, nicht bloß in Betreff der Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten, sondern auch in anderen, bei der Wahl dem Volke nicht mit hinreichender Deutlichkeit vor-schwebenden Beziehungen. Das wäre eine verwerfliche Spekulation mit den edelsten Gefühlen und mit den monarchischen Neigungen des Deutschen Volkes, das wäre eine politische Bauernfängerei schlimmster Art.

Wir weisen deshalb, wie gesagt, jeglichen Verdacht in dieser Richtung weit hinweg. Wir werden aber dadurch der Verpflichtung nicht überhoben, das wählende Volk an diejenigen Dinge recht eindringlich zu erinnern, welche dasselbe in dem Drange des Augenblicks und unter dem erschütternden Eindruck der jüngsten Geschehnisse zu vergeßen geneigt sein könnte.

Es giebt nämlich eingefleischte Freiheitsfeinde, das sind die Konservativen Altpreussischen Schläges, welche auf dem Boden des Protestes gegen das Gewordene, welche im Streite stehen wider das Grundgesetz, wider die Verfassung des Staates. Ihre Zahl ist klein geworden und kurze Frist trennt uns noch von der Zeit, wo sie gänzlich ausgestorben sein werden, die kleinen Herren, mit ihren vormärzlichen Erinnerungen. Das sind ferner die Freikonservativen, die blinden Parteigänger des jeweiligen Ministeriums, die Gouvernementealen, nicht aus Ehrgeiz und Strebertum, sondern aus angeborener Submission. Das sind die „Staatsmänner“, welche immer Recht haben, weil sie immer und hinter jedem Gewalthaber stehen. „Staatsmännisch“ haben diese Herren vor der nationalliberalen Linken sich verbengt und freundlich ihr zugelächelt, so lange von leitender Stelle mit den Nationalliberalen gerechnet wurde. Kaum aber zeigte die Auflösung des Reichstages, daß man angefangen, gegen die Nationalliberalen zu rechnen, und alsbald wurden letztere so grob behandelt, als ob sie Fortschrittler wären, und zwar von den bisherigen „staatsmännischen“ Freunden.

Und diese Herren, von denen es ein Unsinn wäre, wollten sie der Regierung nicht jede gewünschte Vollmacht geben, diese Herren verlangen von uns, daß wir die Vollmacht unterschreiben, die im besten Falle uns persönlich keinen Schaden bringt. Nothwendige Vollmacht wollen wir gern erteilen; aber wir stellen sie nicht blind aus, sondern prüfen sie zuvor sorglich, genau, gewissenhaft darauf hin: ob sie nicht, den Schutz des Staates und der Gesellschaft vor Umsturz bezweckend, am letzten Ende selbst eine Gefahr würde für Freiheit und Recht.

Ueber diese Vollmacht, wir zweifeln nicht, wird sich Angeichts der allgemein erkannten Gefahr eine Einigung erzielen lassen, und eben deshalb braucht bei den Wahlen gerade dieser Punkt am wenigsten betont zu werden, denn in diesem Punkte wird die Mehrheit aller Nicht-Sozialdemokraten einig gehen — abgesehen von den kleinen Gruppen, welche aus der allgemeinen Calamität für sich Vortheil ziehen wollen.

Was in den Vordergrund gestellt werden muß bei den kommenden Wahlen, das ist das militärische Sep-

temat, dessen Ende in die beginnende Legislaturperiode fällt. Es wird hierbei gelten, das Budgetrecht der Volksvertretung von einer unnatürlichen Einschränkung zu befreien, oder mindestens weitere Einschränkungen abzuwehren. Unnatürlich nennen wir die Einschränkung des Geldbewilligungsrechtes der Volksvertretung in Bezug auf die hauptsächlichsten Ziffern des Militäretats, weil diese Einschränkung zur Voraussetzung hat das alte, hoffentlich längst überwundene Bismarck'sche Vorurtheil von dem „Unerstand und dem Mißwillen der Parlamente“.

Eine andersartige Einschränkung des Geldbewilligungsrechtes der Volksvertretung droht zugleich mit der Umkehr von der bisher verfolgten Wirtschaftspolitik. Das Monopol, als dessen Opfer neben dem Tabak zunächst der Zucker auserselbst ist, bedroht nicht bloß eine große und blühende Industrie mit dem Untergang, sondern will uns auch den ganzen Fluß der Corruption auslaufen, unter welchem alle monopolbehalteten Länder leiden — ganz abgesehen von der „sozialdemokratischen Bestrebung“, die in dem Monopole liegt.

Unter dem Vorwande eines Schutzes für die nationale Arbeit soll der nationale Consument neuen Steuerbedrängnissen ausgesetzt werden.

Dies sind die hauptsächlichsten Punkte, auf welche hin bei den bevorstehenden Wahlen die Wähler ihre Candidaten zu prüfen haben; doch ist mit obiger Aufzählung die Reihe der wichtigen Fragen noch nicht erschöpft. Der „Revisions-Juror“ erstreckt sich auf das Wahlgesetz und die Freizügigkeit. — Wer die Freiheit liebt, der schütze sie, indem er den Namen eines freisinnigen Mannes auf seinen Wahlzettel schreibt!

Politische Anekdote.

r. Memel, den 14. Juni.

Sehr willkommen ist es uns, daß die „Provinzial-Correspondenz“ auch ihrerseits darauf hinweist, wie des nächsten Reichstages wichtige wirtschaftliche Aufgaben harren. Es liegt darin ein Sporn für die Wähler, ihr Augenmerk nur auf solche Männer zu richten, welche der ihnen gestellten Aufgabe nach allen Seiten hin gewachsen sind. Wenn die „Provinzial-Correspondenz“ andeutet, es treffe den bisherigen Reichstag die Schuld, daß eine fruchtbringende Gemeinschaft auf dem wirtschaftlichen Gebiete bisher nicht angebahnt ist, so ist dieser Vorwurf unbegründet. Ihr Reichsbahnprojekt hat die Regierung nicht fördern können, weil sie Widerstand an den particularistischen Regierungen findet. Die Politik, welche die Regierung in Beziehung auf die Verlängerung der Handelsverträge, namentlich desjenigen mit Oesterreich verfolgt, ist bisher unverstänlich und unklar und im Reichstage hat sie ein Hinderniß nicht gefunden. Und was endlich die Reform der indirecten Steuern, namentlich die Erhöhung der Einnahmen und den Tabak angeht, so hat die Regierung es bisher nicht dahin gebracht, ein klares, concretes Programm zu entwickeln. Eine Regierung, die Nachsicht verlangt, muß vor allen Dingen Initiative zeigen.

Das „Wolff'sche Telegraphische Bureau“ sendet uns durch die Post die Mittheilung, daß der frühere König von Hannover, Georg V., gestern früh in Paris verstorben ist. Er war am 27. Mai 1819 geboren, hat also ein Alter von 59 Jahren erreicht. Zur Regierung gelangte er am 18. November 1851 und verlor durch den Krieg von 1866 seine Krone. Er hinterläßt seinen etwa 33jährigen Sohn, den Prinzen Ernst August, bisher unverheirathet, als den einzigen männlichen Sproß der hannoverschen Linie des Welfenhauses. Dieser und der regierende Herzog von Braunschweig sind die letzten männlichen Erben des ältesten Europäischen Fürstenhauses. Nach dem unglücklichen Stuart Karl I. hat es keinen so starren Verfechter der legitimistischen Vorurtheile gegeben, als diesen blinden König, und sein Leben war thranenvoll und thranenwerth, wie jemals das eines irrenden, aber ohne alle Frage höchst ehrenwerthen Monarchen.

Nun sind sie versammelt zu löblichem Thun, die Staatenlenker von Ost und West, voller Hoffnung und Zuversicht richtet Europa seine Aufmerksamkeit auf ihre Beratungen und Beschlüsse. Es läßt sich annehmen,

daß die Beratungen des Congresses unter günstigen Umständen vierzehn Tage bis 3 Wochen in Anspruch genommen werden. Die Zusammensetzung des Congresses läßt ein längeres Verweilen von dessen Mitgliedern in Berlin nicht wahrscheinlich erscheinen. Wir dürfen daher wohl annehmen, daß die ersten Mitglieder dieser Versammlung sich darüber klar geworden sind und der Ueberzeugung leben, in einer kurzen Spanne Zeit darüber schlüssig werden zu können, ob die orientalische Frage in kriegerischem oder friedlichem Sinne gelöst werden müsse. Wäre der letztere Fall nicht als der bei Weitem wahrscheinlichere erschienen, so würde Fürst Bismarck, würde Lord Beaconsfield, würden die anderen Minister alle wohl gezügert haben, ihre Namen mit einem Mißerfolg zu identificiren.

Mit Rücksicht auf diese äußerst gefährdrohende Lage nimmt eine Note der Rumänischen Regierung an ihre Vertreter im Auslande besonderes Interesse in Anspruch. Darin soll die Rumänische Regierung ihrem festen Entschlusse Ausdruck geben, keinen Theil Bessarabiens, wenn die Entschädigung dafür noch so glänzend wäre, abzutreten. Rumänien habe nicht nur eine Armee von 60,000 Mann zur Verfügung, sondern es sei auch die ganze Bevölkerung bereit, sich en Masse zu erheben, um das bedrohte Vaterland zu verteidigen. Die Note versichert in feierlicher Weise, daß Rumänien entschlossen ist, Alles daran zu setzen, um seine Unabhängigkeit zu sichern, und soll die an den diplomatischen Agenten in Wien gerichtete Depesche noch speciell die Weisung enthalten, die Oesterreichisch-Ungarische Regierung hievon in Kenntniß zu setzen und in Wien anzufragen, welche Haltung unsere Monarchie dieser überaus ersten Situation gegenüber einzunehmen gedenke. Diese Note ist bereits zur Kenntniß des Grafen Andrássy gelangt, doch ist es nicht bekannt, welche Antwort derselbe dem Vertreter Rumäniens, Herrn Balaceanu, erteilt hat.

Nach achtjähriger Herrschaft sind in Belgien bei den Neuwahlen in die Deputirtenkammer und den Senat die Clerikalen endlich einmal entschieden unterlegen. Alle zwei Jahre muß die Kammer, alle vier Jahre der Senat zur Hälfte neu ergänzt werden. Diesmal haben die Liberalen im Senat eine Mehrheit von 6, in der Deputirtenkammer von 10 Stimmen gewonnen. Den Ausschlag gaben die Wahlen zu Antwerpen, wo bei dem letzten Wahlkampfe vor zwei Jahren die clerikale Agitation so skandalösen Unfug sich erlaubte, daß sogar das clerikale Ministerium gezwungen war, die herrschenden Mängel der Wahlordnung durch ein Gesetz zu beseitigen. An die ser einzigen guten That ist es nun des Todes verblieben. Das clericale Ministerium hat seine Entlassung gegeben; Frère-Orban ist zum Könige berufen worden und wird wohl mit der Bildung des neuen Cabinets beauftragt werden. Es waren nicht allgemeine Wahlen, welche diesen Umschwung herbeiführten, sondern gestern wurden in den Provinzen Antwerpen, Brabant, Westflandern, Namur, und Luxemburg neue Senatoren (in Gent, Verbières und Soignies in Folge der Vermehrung der Senatorenliste außerdem je ein Senator), in den Provinzen Ostflandern, Lüttich, Limburg und Hennegau neue Vertreter (in Brüssel, Antwerpen und Courtrai je ein Vertreter wegen der Vermehrung der Abgeordnetenzahl) gewählt. Die clericale Partei hat seit Monaten ungeheure Anstrengungen gemacht, um ihre Herrschaft behaupten zu können, allein sie scheitern an dem gesunden Sinn der Bevölkerung, die es satt bekommen hat, mit ihrer Intelligenz und ihrem berühmten Gewerbsleiß nur die Staffeln für ultramontane Koryphäen zu bilden. Die Vermehrung der Sitze in beiden Kammern brachte den Umschwung zwar nicht ausschließlich, aber doch vorzugsweise zuwege. Es stellt sich jetzt heraus, daß die Clerikalen in Belgien gar nicht die Mehrheit des Volkes bilden, sondern daß sie das Gesetz, wonach die Mehrheit regieren soll, künstlich gefälscht hatten, wobei ihnen die Lauheit und Nachlässigkeit der Liberalen zu Hilfe kam. Nun haben sich diese aufgerafft. Belgien ist in der That Glück zu wünschen.

Die Französischen Kammern haben sich bis zum 28. Oktober vertagt. In den letzten Tagen der abgelaufenen Session war der reactionären Partei des Senats der Ramm gewaltig geschwollen. Der Sieg, den

